

Europäischer Rat besorgt über steigende Energiepreise

Der Europäische Rat ersuchte am 24. Juni die Kommission erneut, gemeinsam mit internationalen Partnern Möglichkeiten zur Eindämmung der steigenden Energiepreise zu prüfen, einschließlich der Durchführbarkeit befristeter Einfuhrpreisobergrenzen. Angesichts dessen, dass Russland Gas zur Waffe macht, ersucht der Europäische Rat die Kommission, vordringlich ihre Anstrengungen zur Sicherung der Energieversorgung zu erschwinglichen Preisen fortzusetzen. Der Europäische Rat ersucht den Rat, gemeinsam mit der Kommission alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um eine engere Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten im Energiebereich zu gewährleisten.

Rat verabschiedet Verordnung zur Auffüllung der Gasspeicher

Der Rat hat am 27. Juni, nach Zustimmung des EU-Parlaments, die Verordnung endgültig angenommen, mit der sichergestellt werden soll, dass die Gasspeicherkapazitäten in der EU trotz der Störungen auf dem Gasmarkt vor dem Winter aufgefüllt werden und von den Mitgliedstaaten im Geiste der Solidarität gemeinsam genutzt werden können. Die Verordnung legt fest, dass die Gasspeicher bis zum 1. November 2022 zu mindestens 80 % gefüllt sein müssen. In den kommenden Jahren wird das Ziel bei 90 % liegen. Gasspeicheranlagen sollen in Zukunft als kritische Infrastruktur gelten. Alle Speicherbetreiber müssen sich entsprechend zertifizieren lassen, damit Einflussnahme von außen möglichst verhindert wird. Betreiber, die diese Zertifizierung nicht erhalten, können Gasspeicheranlagen künftig weder besitzen noch kontrollieren.

EU und Norwegen bauen Energiepartnerschaft aus

Die EU und Norwegen stärken ihre Zusammenarbeit im Energiebereich. Norwegen ist der größte Öl- und Gaserzeuger in Europa und deckt etwa ein Viertel des Gasverbrauchs der EU-Länder ab. Am 23. Juni sind der Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, EU- Energiekommissarin Kadri Simson und der norwegische Minister für Erdöl und Energie, Terje Aasland, übereingekommen, die enge Zusammenarbeit zwischen EU und Norwegen im Energiebereich weiter zu vertiefen. In einer gemeinsamen Erklärung hoben sie hervor, dass Norwegen in den letzten 50 Jahren ein zuverlässiger und umsichtiger Lieferant von Öl und Gas aus Feldern auf dem norwegischen Festlandsockel für Europa war. Das Land verfügt über erhebliche verbleibende Öl- und Gasvorkommen. Die EU unterstützt Norwegens fortgesetzte Exploration und Investitionen, um Öl und Gas auf den europäischen Markt zu bringen.

Finanzierungsmodelle für Energieeffizienz und ökologischeres Wohnen

EU-Zuschüsse und -Darlehen sollen zu günstigen Bedingungen kombiniert werden können, um Investitionen in die Energieeffizienz und in regionale Projekte des Neuen Europäischen Bauhaus zu begünstigen. Dafür haben die Kommission und die Europäische Investitionsbank zwei neue Modelle für Finanzierungsinstrumente vorgestellt. Auf Grundlage dieser Modelle und mit Hilfe von praktischen Leitfäden können Behörden, die EU-Mittel verwalten, sowie Banken konkrete Finanzierungsinstrumente entwickeln. Eines der Modelle soll Investitionen in die Energieeffizienz im Rahmen von RepowerEU fördern. Das zweite Modell unterstützt Projekte der Initiative „Neues Europäisches Bauhaus“.

Anteil erneuerbarer Energie aus gemeinsamer Verarbeitung

Die Kommission stellte für die Zeit vom 22. Juni bis 20. Juli den Entwurf einer delegierten Verordnung über die Methode zur Berechnung des Anteils erneuerbarer Energie aus gemeinsamer Verarbeitung zur Konsultation. Mit der Erneuerbare-Energien-Richtlinie wird die Nutzung von Biokraftstoffen in der EU gefördert, um die Treibhausgasemissionen des Verkehrssektors zu verringern. Ziel dieser Initiative (in Form einer delegierten Verordnung) ist die Festlegung einer Methode zur Bestimmung des Anteils von Biokraftstoffen und Biogas für den Verkehr aus der gemeinsamen Verarbeitung von Biomasse mit fossilen Kraftstoffen.